



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Bayern

**Einstimmiger Beschluss des
KLJB-Landesausschuss I/2008
am 24.02.2008 in Haus Werdenfels**

Positionen und Forderungen der KLJB Bayern zur Landtagswahl 2008

Im Rahmen eines Studienteils haben die Delegierten des Landesausschuss I/2008 der KLJB Bayern zentrale Positionen und Forderungen der KLJB aus den Bereichen Bildung, Migration, Klimawandel und Ländlicher Raum für die Landtagswahlen 2008 in Bayern formuliert. Als Grundlage dienten Beschlüsse der vergangenen sechs Jahre von KLJB Bayern, KLJB Deutschland und BDKJ Bayern.

Die Positionen sollen Grundlage für Gespräche mit Politikern und Politikerinnen sein und der innerverbandlichen Auseinandersetzung mit den Schwerpunktthemen der KLJB dienen.

Bildung

- Bildungschancen dürfen nicht von finanziellen und sozialen Voraussetzungen abhängen. Dies gilt für die Vorschul- und Schulbildung genauso wie für Ausbildung, Studium und berufliche Weiterbildung.
- Jugendverbandsarbeit leistet Bildungsarbeit ohne Leistungsdruck und ist als wichtige Säule (informelles und nicht-formelles Lernen) neben der formellen Bildung anzuerkennen und entsprechend zu fördern.
- Ehrenamt und Verbände müssen als gleichberechtigte Partner in der Zusammenarbeit mit Schulen wahrgenommen werden.
- Wir fordern eine Verbesserung von individuellen und praxisorientierten Lernangeboten, z. B. die Einführung bzw. Ausweitung von Zwei- und Mehrlehrerkonzepten sowie eine Verbesserung der Lehrerbildung bezüglich der pädagogischen Kompetenzen, unter anderem durch die Einführung eines Praxissemesters; die Referendariatszeit wird entsprechend um ein Semester gekürzt.
- Wir fordern die Ausgestaltung neuer, nachhaltiger pädagogischer und schulischer Konzepte (z.B. die Reform des gegliederten Schulsystems in der bestehenden Form, längere gemeinsame Schulzeit, ...) unter dauerhafter Einbeziehung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen (Schüler, Lehrer, Eltern, Verbände, Wirtschaft).
- Wir fordern den Erhalt eines flächendeckenden Schulangebotes mit wohnortunabhängiger Chancengleichheit für den Zugang zu allen Schulabschlüssen.

Migration

- Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der Offenheit und Neugier, Akzeptanz und Toleranz von beiden Seiten fordert. Er kann nicht gelingen, wenn er nur als Assimilation verstanden wird.
- Wir verstehen Einwanderung als Bereicherung der deutschen Kultur. Die interkulturelle Realität unserer Gesellschaft bietet Möglichkeiten des interkulturellen Lernens, die wir nutzen müssen. Hierzu bedarf es vor allem im Bereich der Jugendarbeit besonderer staatlicher Unterstützung.
- Es müssen von staatlicher Seite aus alle notwendigen Eingliederungshilfen bereitgestellt werden, wie z.B. ausreichender Zugang zu Bildung. Die Angst vor Fremdem darf nicht als Wahlkampfthema missbraucht werden.
- Zur wirkungsvollen Integration muss Sprachförderung so früh wie möglich angeboten und angenommen werden. Ein Ausbau von Sprachkursen ist dabei dringend notwendig.
- Es muss für eine menschenwürdige Rechtslage für Migranten und Migrantinnen gesorgt werden, d.h. es darf z.B. keine Abschiebehaft für minderjährige Migranten und Migrantinnen und deren Familien geben.

Klimawandel

Bei all unseren Forderungen ist es uns wichtig, dass kirchliche und staatliche Einrichtungen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sind und dementsprechend handeln.

Energieversorgung

- Bis 2020 Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 25%, mit unterschiedlichen Sektorzielen für Strom, Wärme und Kraftstoffe
- Vollständige Rücknahme der stufenweisen Besteuerung von nachhaltig produzierten europäischen Biokraftstoffen.

Mobilität

- Förderung schadstoffärmerer Fahrzeuge, so dass der Durchschnittsausstoß der ab 2012 neu zugelassenen PKWs max. 120g/km beträgt. Dabei müssen über alle Fahrzeugklassen hinweg konkrete CO₂-Einsparziele definiert werden, um auch die Einsparpotentiale von Mittelklasse- und Kleinwagen auszuschöpfen
- Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen
- Umfassender Ausbau und verstärkte Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Hierzu sollen unter anderem die für den Transrapid eingeplanten Gelder verwendet werden.

Energieeinsparung

- Keine Genehmigung von Neubaugebieten ohne Kraft-Wärme-Kopplung zur dezentralen Strom- und Wärmeversorgung
- Verbindliche Einhaltung von Niedrigenergiestandards bei Neubauten.
- Abschaffung der Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuer für energieintensive Bereiche.

Ländlicher Raum

Wir fordern eine konsequente Stärkung und Förderung des ländlichen Raumes, um ihn attraktiv zu gestalten und Bleibeperspektiven vor allem für jüngere Menschen zu schaffen. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf strukturschwache Regionen gelegt werden.

Stärkung der Infrastruktur im ländlichen Raum:

- Sicherung der Grundversorgung (Lebensmittel, Ärzte, Post, ...)
- Schaffung eines flächendeckenden Angebots zeitgemäßer Hochgeschwindigkeits-Internetanschlüsse (z.B. DSL-Netz)

Landwirtschaft:

- Erhalt der flächendeckenden Landbewirtschaftung
- Stärkung der multifunktionalen Landwirtschaft (z.B. Lebensmittelproduktion, Landschaftspflege, Energiebereitstellung...)
- Setzen von Anreizen zu einer Flächenbewirtschaftung, die die ökologische Vielfalt des ländlichen Raumes erhält
- Förderung des Ökolandbaus

Kommunale Wirtschaftskonzepte

- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen durch Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, insbesondere in den Zukunftsfeldern regionale Vermarktung, dezentrale Energieversorgung und Tourismus.

Förderung der sozialen Infrastruktur

- Erhalt von sozialen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Förderung der Jugendarbeit
- Erhalt von Brauchtum und Tradition
- Förderung bzw. finanzielle Entlastung für Ehrenamtliche
- Miteinbeziehung der Bevölkerung in die Dorfentwicklung

Einstimmiger Beschluss des
KLJB-Landesausschuss I/2008
am 24.02.2008 in Haus Werdenfels